

Kirche und Ökumene

JOSUTTIS, MANFRED. **Zur Ehe-Politik in der EKD.** In: *Evangelische Theologie* Jhg. 42 Heft 3 (Mai-Juni 1982) S. 271-289.

Josuttis geht von der Beobachtung aus, daß die evangelische Kirche in der Bundesrepublik, was den kritischen Umgang mit der kirchlichen Lehrtradition und die Einstellung zu aktuellen politischen Fragen betrifft, in hohem Maß tolerant sei, daß aber die Stellungnahmen zu Ehe und Familie in den letzten Jahren immer rigider geworden seien. Kirchliche Stellungnahmen zu Ehe und Familie hätten durchweg defensiven Charakter, es gebe eine „bedenkliche Steigerung ihrer theologischen Füllung und Gewichtung“. Dem Eheinstitut werde faktisch die „Exklusivität und Unüberholbarkeit eines Offenbarungsphänomens“ zugeschrieben, während die Kirche die Kritik an der Ehe aus den letzten hundert Jahren kaum rezipiert habe. Alles Positive werde der Institution, das Negative individuellen Verfehlungen zuge-

schrieben. Dem stellt Josuttis eine kritische Betrachtung über die Schwierigkeiten der Ehe in den „Beziehungsmechanismen der Warengesellschaft“ gegenüber. Die Tatsache, daß der protestantische Pfarrer über Gott und Jesus alles mögliche denken und sagen könne, solange er nur ein ordentliches Familienleben führe, habe mit der Symbiose von Religion und Familie zu tun: „In Familienfragen darf die Kirche und soll die Kirche mitreden, weil sie jene Werte vermittelt und jene Rituale vollzieht, die das Funktionieren des gesellschaftlichen Systems garantieren.“

RUNCIE, ROBERT. **Die Anglikaner im Ökumenischen Rat der Kirchen.** In: *Ökumenische Rundschau* Jhg. 31 Heft 3 (Juli 1982) S. 294-301.

In seinem Beitrag, der auf einen Vortrag während eines Besuchs beim ÖRK zurückgeht, gibt der Erzbischof von Canterbury einen knappen Einblick in die besonderen Akzente der Anglikaner innerhalb der ökumenischen Bewegung. Er erin-

tert daran, daß sowohl die Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung wie die für Praktisches Christentum stark von Anglikanern unterstützt wurden, daß es aber schon damals im Anglikanismus eine Spannung gegeben habe zwischen der vorrangigen Sorge um Glauben und Kirchenverfassung und dem Votum für den ÖRK. Die „Sturheit“, mit der die Anglikaner am dreifachen Amt, vor allem am Episkopat festhielten, sei mehr als englischer Konservatismus: die anglikanische Tradition stelle die Wiederentdeckung einer auf gemeinsamem eucharistischem Gottesdienst und bischöflichem Amt beruhenden geistlichen Einheit dar. Typisch für den Anglikanismus sei außerdem die enge Verbindung von Kirche und Gesellschaft, bei der soziales Engagement unmittelbar der christlichen Lehre entspringe. Schließlich könne sich der Anglikanismus Einheit der Christen nur unter Einbeziehung Roms vorstellen. Die Zusammenarbeit im Ökumenischen Rat der Kirchen könne dazu beitragen, die mit diesen Akzentsetzungen unausweichlich verbundenen Einseitigkeiten ans Licht zu bringen.

Personen und Ereignisse

Johannes Paul II. vertraut darauf, daß die Kirche in Simbabwe weiterhin ihre Weisheit unter Beweis stellen wird, indem sie für die Versöhnung und für den Aufbau einer wahrhaft christlichen Gesellschaft arbeiten wird. Diese Erwartung sprach der Papst vor den sieben Bischöfen des Landes aus, die ihm den ersten „Ad-limina“-Besuch seit der Unabhängigkeit Simbawbes abstateten. Johannes Paul II. würdigte den anhaltenden Einsatz der simbabwischen Bischöfe für die Schaffung einer gerechten und friedlichen Gesellschaft, in der die Würde eines jeden garantiert ist. „Euer Eintreten für die Menschenrechte berechtigt zu der festen Hoffnung, daß alle Vorurteile aufgrund von Rasse, Herkunft oder Kultur beseitigt werden.“

Johannes Paul II. ernannte am 15. Juli Apostolische Administratoren für drei Jurisdiktionsbezirke in Litauen. Zum Apostolischen Administrator von Kaišiadorys ernannte er *Vincentas Sladkevicius*. Dieser war schon 1957 zum Weihbischof des Bistums Kaišiadorys ernannt worden, war aber seit 1959 amtsbehindert. Apostolischer Administrator des Bistums Telsiai und gleichzeitig auch der Prälatur Klaipėda wurde *Antanas Vaičius*. Beide Jurisdiktionsbezirke waren seit 1975 ohne Bischof.

„Wagen wir die christliche Alternative. Wagen wir den Lebensstil des Evangeliums.“ Mit dieser Aufforderung wandte sich der neue Bischof von Limburg, *Franz Kamphaus*, in seinem ersten Hirtenbrief an die Gläubigen des Bistums. Das Nord-Süd-Gefälle betreffe nicht nur die Politik, sondern auch die Kirche. „Wie lassen sich die offensichtlichen Gegensätze zwischen reichen und armen Bistümern, zwischen reichen und armen Gemeinden mit der einen Tischgemeinschaft des Volkes Gottes vereinbaren, zu der wir uns in jeder Eucharistie bekennen?“, fragte der Bischof und betonte: „Je mehr wir diese Kluft als die gegenwärtige Herausforderung des Glaubens erkennen, erledigen sich andere innerkirchliche Konflikte.“

Nach Ansicht des evangelischen Theologen *Günter Brakelmann* muß an Absichten und Verhalten der Friedensbewegung sowie an Art und Umfang der Friedensdiskussion in der Bundesrepublik grundsätzlich Kritik geübt werden. Brakelmann fordert in diesem Zusammenhang auch eine „neue Grundsatzdiskussion über Recht und Grenzen des politischen Redens der Kirche und ihrer Theologen“. Viele Theologen, so meint der Lehrstuhlinhaber für Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum, neigten zur Überschreitung ihrer Kompetenzen und fachlichen Zuständigkeit sowie „zu Belehrung in Fragen, die andere nun mal von Berufs wegen besser verstehen“.

Unter den Christen in der Bundesrepublik herrsche so etwas wie „Abendstimmung“, in den großen Kirchen gehe eine „unbegreifliche“ Müdigkeit um. Mit diesen Worten umschrieb der Vizepräsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Hartmut Löwe*, die gegenwärtige Situation. Er empfinde es manchmal als gespenstisch, daß die Kirche „nicht selten unter ihrem Niveau lebt und den Moden des Tages nachläuft, anstatt von Gott zu reden“, sagte Löwe in einem Interview. Nach Ansicht Löwes sollte die Christenheit ihre Kräfte sammeln und unnötigen „Familienstreit“ beilegen. Zwischen Protestanten und Katholiken sei mehr Gemeinsamkeit möglich, als man es sich vielfach ausdenken könne.

Seine wesentlichen Erfahrungen als ehemaliger Kultusminister des Landes Niedersachsen faßte *Werner Remmers* in einem Interview mit der katholischen Nachrichten-Agentur zusammen. Die Schule sei „kein Reparaturbetrieb für alle Mängel, die in der Gesellschaft auftreten“, sie dürfe auch nicht „wegen politischer Wechsel ständig reformerischen Wechsels unterworfen werden“. In den nächsten Jahren werde es vor allem darauf ankommen, sich „inneren Fragen der Schule“ zuzuwenden; dabei seien auch inhaltliche Bereiche von Bedeutung: „Was soll in der Schule gelernt

werden, wie kann man die Kinder stärker motivieren, ein wenig mehr mit Freude, aber auch mit Intensität und mit Anstrengung zu lernen“, und zwar eingedenk des „ungeheuren Ablenkungspotentials“, dem die Kinder heutzutage ausgesetzt seien.

Zum neuen Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands wurde der Bischof der Diözese Porvoo, *John Vikström* (50), gewählt. Der Präsident Finnlands wird den neuen Erzbischof demnächst offiziell ernennen. Vikström ist Vorsitzender des Ausschusses für Kirche und Gesellschaft und der Finnischen Missionsgesellschaft; er wird sein Amt am 1. September antreten, wenn der bisherige Erzbischof *Mikko Juva* zurücktritt.

Der bisherige Erzbischof von Cincinnati, *Joseph Bernardin* (54), wurde vom Papst zum neuen Erzbischof von Chicago ernannt. Er ist Nachfolger von Kardinal *John Patrick Cody*, der im April dieses Jahres im Alter von 74 Jahren starb. Bernardin war von 1974 bis 1977 Vorsitzender der Amerikanischen Bischofskonferenz.

Die Bischöfe von Sambia sind beunruhigt darüber, daß unter der Regierung von Präsident *Kenneth Kaunda* die Gesellschaftsform trotz der Zusicherung des Staatschefs, es handle sich um ein humanistisches Modell, immer mehr auf den Kommunismus zusteure. Kaunda versucht zwar, den Vorsitzenden der Bischofskonferenz von Sambia und Bischof von Mansa, *James Spaita*, in einem Gespräch vom Gegenteil zu überzeugen, aber, so Spaita, „wir bleiben beunruhigt, weil dieser Humanismus ohne bestimmte Rahmenbedingungen zum Kommunismus heranwächst. Wir sind ernsthaft der Meinung, daß die Religion beiseite geschoben wird, und wünschen deshalb eine klarere Definition der Politik.“ Dabei berufen sich die Bischöfe zum wiederholten Mal auf eine Ökumenische Erklärung von 1978, die sich unter dem Titel „Marxismus, Humanismus und Christentum“ mit dem Wissenschaftlichen Sozialismus auseinandersetzte.